

den 13. Mai 1893.

Berlin, Sonnabend,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Arbeitslohn für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mt.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. f. w. Kreuzband- Sendung 20 Mt. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für Frankreich bei Aug. Ammel in Straßburg i. G., für England bei Aug. Siegle in London, 20 Vine Street E. C., Comie & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeiger.

Hôtels- und Bäder-Anzeiger

Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterien.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarisch Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die vierzeilige Zeile 40 Pf., Reclamzeit 80 Pf., die ganze Seite

200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Die Fürsorge für die Volksschule.

Dem gegenwärtigen Cultusminister Dr. Boffe darf das Zeugnis nicht vorenthalten werden, daß er seit Beginn seiner Amtsführung nach Kräften bemüht ist, den auf dem Gebiete des höheren wie des Volksschulwesens vorhandenen Mißständen abzuwehren, soweit dies nach Maßgabe der vorhandenen Mittel möglich ist. So wünschenswerth und dringend es auch ist, daß das in der Verfassung vertheilte allgemeine Schulgesetz endlich zu Stande kommt, daß wenigstens ein Dotationsgesetz geschaffen wird, so läßt es sich begreifen, daß er nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht sogleich an die allgemeine Ordnung des Schulwesens herantritt, sondern vorläufig mit diesem Abgeordnetenhaus vertritt, auf dem Wege der Specialgesetzgebung eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Dem Landtage hat der Unterrichtsminister in dieser Session betanztlich zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, von denen der eine, das Gesetz über die Bildung von Pensionisten für Volksschullehrer und Lehrerinnen innerhalb der Regierungsbezirke, bereits vom Herrenhaus erwidert ist und auch im Abgeordnetenhaus im Ganzen eine sympathische Aufnahme gefunden hat, obwohl hier sonderbarer Weise von clericaler Seite Verfassungskritiken geltend gemacht sind; hiesichtlich wird dieser Entwurf recht bald Gesetz werden, nachdem die an ihn geknüpften Befürchtungen hinsichtlich eines Steigens der Pensionen durch den Ministerialdirector Kugler durch den Hinweis darauf hinfällig gemacht sind, daß der Staat bei den Pensionirungen das Interesse der Allgemeinheit genügend vertreten werde, weil er zu denselben ja den Zutritt von je 6000 Mark zu leisten habe.

Das zweite Gesetz, welches zur Unterstützung unermöglichter Gemeinden bei Schulbauten und zur Abhilfe gegen die schreiendsten Mißstände bei den Lehrerbefahrungen bestimmt war, hat dem Abgeordnetenhaus zuerst vorgelegen, weil mit ihm Ausgaben des Staates verbunden sind, und hat hier durch die conservativ-clericale Majorität eine Verschlechterung erfahren, welche mit Rücksicht auf die trostlose Lage der Hälfte der Preussischen Lehrerschaft im höchsten Grade zu bedauern ist. Nach der Regierungsvorlage sollten vom Jahre 1895 ab jährlich 3 Millionen Mark für die Verbesserung des Gehaltes der Lehrer und Lehrerinnen und 1 Million Mark für Volksschulbauten und außerdem sechs Millionen einmally zu letzterem Zwecke bereit gestellt werden. Das Centrum und die Conservativen haben es durchgesetzt, daß nur für die Jahre 1893/94 und 1894/95 je zwei Millionen Mark zu Behüfen an Schulgemeinden oder Schulverbände zu Volksschulbauten wegen Unvermögens gewährt werden sollen; im übrigen sollen die Volksschule und namentlich die der Hilfe bringend bedürftigen Lehrer leer ausgehen, bis die conservativ-clericale Majorität durch ein nach ihrem Herzen ausgestaltetes Schulgesetz sich die Herrschaft über die Schule gesichert hat.

Der Unterrichtsminister hat sich vergeblich abgemüht, bei der weiteren Beratung der übrigen Bestimmungen der Vorlage die schwierigen Verhältnisse der Volksschule klar zu machen und auf die bedenklichen Folgen eines solchen Zustandes hinzuweisen. Ihm lag vor allen Dingen auch daran, die Wirkungen des Gesetzes „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Schularthe“ vom Jahre 1887 zu beseitigen. Die Beispiele, welche er von der Wirkung dieses Gesetzes gab, waren für jeden aufrichtigen Freund unserer Volksschule von so überzeugender Natur, daß nur eine Mehrheit von der Befchaffenheit der conservativ-clericale“ Verdrüderung sogar eine Commissions-

berathung verriemächte und die Vorlage sogleich in der zweiten Lesung einfach ablehnen konnte. So demotatisch auch das gegenwärtige Centrum in allen politischen Fragen gesinnt ist, auf dem Gebiete der Schule wird es den Conservativen vom Schlage der Herren Stöcker und von Hammerstein immer als Führer für die reactionärsten Forderungen vorangehen. Für den Liberalismus ist dieses Verhalten der beiden größten Parteien des Abgeordnetenhauses eine neue dringende Mahnung, bei den nächsten Landtagswahlen alles daran zu setzen, um die Wiederkehr einer conservativ-ultramontanen Mehrheit zu verhindern.

Auch die in der zweiten Beratung der Vorlage abgegebene Erklärung des Ministers, daß er die Verantwortung für die Schulmiserie nicht übernehmen könne, hat ihren Eindruck auf eine Mehrheit verfehlt, die einmal entschlossen ist, für die Schule nur Zugeständnisse zu machen, wenn sie durch ihre Auslieferung an die Kirche ausgewogen werden. Und obwohl Minister Boffe ein streng kirchlich gesinnter Mann und in confessioneller Beziehung ein Anhänger des Orthodexismus ist, so traut ihm die evangelische wie katholische Orthodexie, welche durch das Schulgesetz des Grafen Jellich vollständig darüber getaucht ist, wie weit der Staat mit seinen Concessionen an die Kirche auf dem Schulgebiete gehen kann, nicht, weil er sich trotz seines Bekenntnisstandes die vollste Unbefangtheit für die Bedürfnisse der Volkserziehung bewahrt hat. Er strebt nach dem Ziele, die Fesseln, welche eine gegenwärtige Entwicklung der Schule unterhalten, zu lösen, und dazu gehört auch daß er dem Lehrstande in socialer und amtlicher Beziehung eine angemessene Stellung geben will. Ihm ist es vorbehalten geblieben, die Vertretung des Lehrstandes im Schulvorstande anzuordnen, um auch die Lehrer an der Schulverwaltung in gebührender Weise zu beteiligen und ihnen eine Mitwirkung dort zu sichern, wo sie vielleicht in erster Linie befähigt sind, Gutes zu schaffen. Wenn die Conservativen für ihr ablehnendes Votum finanzielle Bedenken geltend machen, so ist das nur ein Vorwand; ein trauriger Muth gehört zu der Behauptung, daß für die Lehrer genug gegeben sei. So muß es den vorläufig beim Alten bleiben; die Kreisaußschüsse werden auch fernherhin die Entscheidung über jede Mehrleistung für die Volksschule behalten und so ungeheuerliche Beschüsse zu Stande bringen, wie sie der Cultusminister geschildert hat. Dagegen fällt es sehr wenig ins Gewicht, daß der Dotationsfonds des Ministers um einige Millionen anschwellen sollte, so unangenehm auch die Dotationswirtschaft ist.

Eine wirkliche Besserung auf dem Gebiete des Schulwesens ist erst dann zu erwarten, wenn den löblichen Absichten des Ministers seitens der Volksvertretung entgegenkommen wird. Darum muß vor Allem dafür gesorgt werden, daß in der nächsten Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses eine conservativ-clericale Majorität nicht mehr vorhanden ist. Nothwendiger Weise werden Schulfragen bei den nächsten Wahlen zum Landtage eine große Rolle spielen; an dem Volke ist es, ein reactionares Schulprogramm zu verhindern und für die Schaffung eines Schulgesetzes einzutreten, welches den Forderungen entspricht, die beim Fall des Entwurfes des Grafen Jellich als der Wille der überwiegenden Mehrheit des Volkes sich erwiesen haben.

Obwohl der Wunsch eines großen Theiles der Abgeordneten dahin ging, daß das Gesetz noch vor Pfingsten zur Erledigung gelange, damit es so früh als möglich aus Herrenhaus komme, ist die dritte Lesung doch verschoben worden. In dieser soll noch einmal der Versuch gemacht werden, das Gesetz insofern zu verbessern, als durch die Mittelpartei beantragt wird, die für Volksschulbauten

bereit zu stellenden Mittel für die beiden nächsten Jahre auf je 3 Millionen Mark zu erhöhen. Die Volksschullehrer würden auch bei Annahme dieses Antrages keine Aufbesserung erfahren, es würden aber wenigstens die Gemeinden entlastet. Doch ist keine Aussicht vorhanden, daß die verbündeten Conservativen und Clericalen diesen Antrag annehmen werden. Die nächsten Landtagswahlen müssen erst die aus diesen Parteien bestehende Mehrheit beteiligen, wenn eine Beseitigung der vorhandenen Mißstände erreicht werden soll.

—n.

Telegramme.

Madrid, 12. Mai. (G. T. C.) In der Nähe der Deputirtenkammer wurde eine Petarde mit erlöschener Zündschnur gefunden. In Barcelona explodirten in verschiedenen Straßen fünf Petarden, ohne Schaden zu verursachen. Zwei Personen wurden in Haft genommen.

Sofowa, 12. Mai. (G. T. C.) Prinz Ferdinand von Bulgarien mit Gemahlin sind an Bord eines Separatdampfers gestern Abend im hiesigen Hafen eingetroffen. Die im Hafen ankernden Schiffe hatten Flaggenschmuck angelegt, auf dem Landungsplatz hatte eine große Menschenmenge eingesamlet. Heute Vormittag begaben sich die Minister an Bord des Dampfers, um den Prinzen und die Prinzessin zu begrüßen, welche sich alsdann unter den Zurufbrufen der zahlreich versammelten Menschenmenge ans Land begaben. Auf der Landungsbrücke wurden der Prinz und die Prinzessin von den Spitzen der überaus herzlich Begrüßung reisten der Prinz Ferdinand und Gemahlin in Begleitung der Minister und des Gefolges direct nach Sofowa ab.

New-York, 12. Mai. (G. T. C.) Der Präsident der Nicaragua-Canal-Gesellschaft erklärt, daß die Jurisgenten noch mindestens einhundert Meilen vom Eigentum der Gesellschaft entfernt seien. Die Vereinigten Staaten hätten vertragemäßig das Recht, Mouschasten in Nicaragua zum Schutze des Besitzthums Amerikanischer Unterthanen zu landen.

New-York, 12. Mai. (G. T. C.) Der „New-York Herald“ meldet aus Lima: Die Demission des Ministeriums ist angenommen und ein neues Cabinet unter dem Präsidium des Ministers des Auswärtigen, Jose Jimenez, gebildet worden.

Washington, 12. Mai. (G. T. C.) Die gestrige Meldung, der Präsident Cleveland, habe den Russischen Austieferungsvertrag unterzeichnet, wird als verfehlt bezeichnet. Der Vertrag sei noch nicht aus Petersburg eingetroffen.

Washington, 12. Mai. (G. T. C.) Ueber die Unruhen in Nicaragua sind der Regierung von dem Consul der Vereinigten Staaten in Managua, W. Newell, folgende telegraphischen Mittheilungen zugegangen: Die Jurisgenten haben unter der Führung des ehemaligen Präsidenten Zavalla gehlegt und sind Herren der Städte Granada, Managua, Masas, Contales, Matagalpa und San Juan del Norte. Die Regierungstruppen, an Zahl 2000, sind schlecht organisiert und schlecht geführt. Die Jurisgenten zählen 3000—5000 Mann und werden von tüchtigen Generalen befehligt. Die Regierung hat das Kriegsgeld proclamt und eine Zwangsanleihe von 600 000 Doll. decretirt. — Auch aus anderen authentischen Quellen wird der Sieg der Jurisgenten bestätigt, sowie daß dieselben den Nicaragua-Canal besetzt halten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das Kriegsschiff „Alliance“ von San Francisco nach Nicaragua beordert.

(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Ämtliche Nachrichten.

Der König hat dem Geheimen Ober-Rath-Rath Keller, Mitglied des General-Auditorats, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Der Kaiser hat den nachbenannten Reichsbeamten die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Insignien ertheilt, und zwar: des Großcomthurkreuzes des Großherzoglich Mecklenburgischen Haus-Ordens der Wendischen Krone: